

Auf der Schulbank das Haushalten lernen

Reformprojekt. Die Themen Wirtschaft und Finanzen sollen im Stundenplan feste Bestandteile der Pflichtschulbildung werden.

VON DER KLASSE 21B DER HANDELS-
AKADEMIE LA/THAYA

Wie steht es um die Finanzbildung der Jugend in Österreich? Laut dem YEP-Jugendbericht „#WissenMachtSicher“ aus dem Jahr 2021 geben mehr als 60 Prozent der Jugendlichen in Österreich an, nach der Schule zu wenig über finanzielle Angelegenheiten zu wissen. Sie selbst hätten den Wunsch, Geld besser einschätzen zu können, Verdienstmöglichkeiten in den verschiedensten Berufen zu kennen oder über Anschaffungskosten und laufende Kosten besser informiert zu sein. Ferner geben Jugendliche an, sich unter anderem für Steuern, Gehalt, Budget und Fixkosten sowie Verträge zu interessieren.

Risiken erkennen

An diesen Befunden setzt das Vorhaben der Regierung an, Finanzbildung als fixen Bestandteil der Pflichtschulbildung zu etablieren. Am Institut für Wirtschaftspädagogik der Wirtschaftsuniversität Wien wurde ein inhaltliches Rahmenmodell zur Finanzbildung erstellt. So ist es, wie Bettina Fuhrmann, die Leiterin des Instituts für Wirtschaftspädagogik an der WU Wien, erklärt, essenziell, umfassend Bescheid zu wissen, also Einnahmen und Ausgaben zu planen sowie vorausschauend zu denken und zu sparen. Weiters sollen Investitions- und Finanzierungsmöglichkeiten mit den Jugendlichen thematisiert werden, denn sie werden damit im Laufe ihres Lebens konfrontiert sein. Für alle finanziellen Angelegenheiten gilt, dass finanzielle Chancen, aber auch Risiken erkannt und zu hohe Risiken vermieden werden sollten.

Laut Stefan Hinsch, Arbeitsgruppenleiter des Lehrplans für Geografie und wirtschaftliche Bildung, und Anna Lasselsberger, Projektleiterin der Lehrplanentwicklung, fungiert im neuen Lehrplan ab 2023/2024 an den allgemein bildenden höheren



In vielen Fächern sollen Themen, die mit Wirtschaft und Finanzen in Verbindung stehen, behandelt werden: Schülerinnen und Schüler der Handelsakademie La/Thaya.

[Foto: Daniela Preißl]

Schulen und den Mittelschulen Wirtschafts-, Finanz- und Verbraucher/innenbildung als generelles Unterrichtsprinzip, etwa in Deutsch, Mathematik und den Fremdsprachen. Aber auch in den Fächern Geschichte und Politische Bildung, Geografie und wirtschaftliche Bildung, Physik, Chemie, Digitale Grundbildung, Musik, Kunst und Gestaltung, Technik und Design sollen Themen im Kontext von Wirtschafts- und Finanzbildung mit den Schülerinnen und Schülern besprochen werden.

Fuhrmann meint, dass bei vielen Unterrichtsgegenständen an Themen der Finanzbildung angeknüpft werden könne und auch solle. So könnten die Schülerinnen und Schüler in Mathematik bei der Zinsrechnung darauf aufmerksam gemacht

werden, welchen Effekt Zinsen bei Krediten und beim Sparen haben können, vor allem auf lange Sicht. Im Mittelpunkt der didaktischen Auseinandersetzung sollten stets das Haushalten mit knappen Ressourcen, der verantwortungsvolle Umgang mit Geld sowie das Planen von Einnahmen und Ausgaben stehen.

Experten im Unterricht

Als weiteres Beispiel nennt sie das Fach Geschichte. Eine Unterrichtseinheit über den Schwarzen Freitag im Jahr 1929 könnte auch darauf Bezug nehmen, was genau Aktien sind, was die Kursbildung beeinflusst und warum Aktienkurse gefallen sind. Hinsch und Lasselsberger zufolge kommt Finanzbildung beim

Fach „Geografie und wirtschaftliche Bildung“ eine besondere Rolle zu, zumal der Umgang mit Geld in der 1. Klasse und das Erstellen eines Budgets, beispielsweise für ein kleines Projekt, in der 2. Klasse der Unterstufe unterrichtet werden sollen. Grundsätzlich gehe es immer um eine Auseinandersetzung mit Themen aus individueller, gesellschaftlicher und ökologischer Perspektive.

Zur Wissensvermittlung sollen auch Experten aus der Wirtschaft in Form von Begegnungen oder Exkursionen herangezogen werden. „Sie können eine sehr große Rolle spielen, weil sie helfen, mit ihrer Erfahrung und mit Geschichten aus ihrem Berufsalltag den Realitäts- und Praxisbezug im Unterricht herzustellen“

len“, betont Fuhrmann. An der WU Wien werde voraussichtlich bald ein Kompetenzzentrum für Wirtschaftsbildung gegründet, das sich mit allen Fragen der Wirtschaftsbildung, vom Schulunterricht und der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte bis hin zum Lernen im Betrieb und dem lebenslangen Lernen über Wirtschaft beschäftigen wird, erklärt Fuhrmann. Abseits der Schule möchte man die Jugendlichen im Internet oder über Social Media erreichen.

AUF EINEN BLICK

Am Projekt „Jugend – Zeitung – Wirtschaft“ der „Presse“ nehmen teil:

HAS BBI Wien, Vienna Business School Augarten, Vienna Business School HAK III, BHAK und BHAS Wien 10 (2 Klassen), ibc hetzendorf BHAK 12 Wien, Maygasse Business Academy (2 Klassen), Vienna Business School Floridsdorf, BHAK/BHAS Hollabrunn (2 Klassen), BHAK La/Thaya, Vienna Business School HAK/HAS Mödling, BHAK und BHAS Neunkirchen, BHAK/BHAS Wiener Neustadt, HAK/HAS Krems (2 Klassen), Schulzentrum Gmünd, BHAK/BHAS Linz, HTBLA Wels (2 Klassen), BHAK/BHAS Gmunden, HLW Neumarkt am Wallersee, Handelsakademie Kitzbühel (2 Klassen), BHAK und BHAS Feldkirch, Bezauer Wirtschaftsschulen, BHAK und BHAS Lustenau, BHAK/BHAS Feldbach, BHAK/BHAS Deutschlandsberg

Projektpartner:

Bankenverband, Deutsche Handelskammer in Österreich, ÖBB, OMV, Sanofi, Verbund, Wiener Städtische Versicherung

Pädagogische Betreuung:

IZOP-Institut zur Objektivierung von Lern- und Prüfungsverfahren, Aachen

Ansprechpartner:

Titus Horstschäfer

Die neue Geldbörse

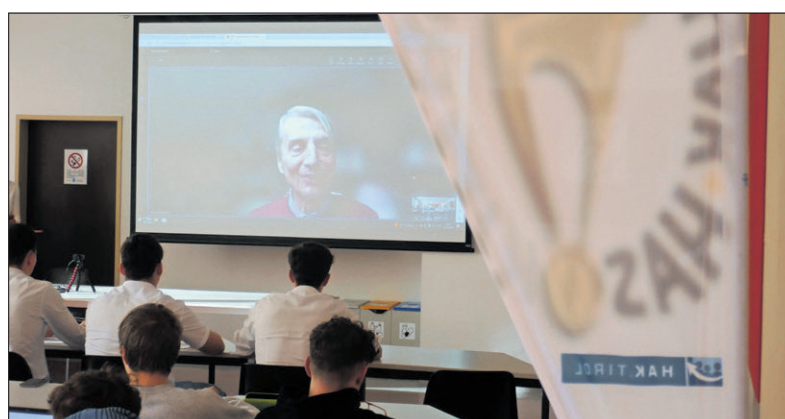
Digitaler Euro. Künftig sollen Zahlungen noch einfacher, schneller und billiger funktionieren.

VON NOEL GANDLER, MAGDALENA KALS, JONAS MAIER UND MARKUS TORSTENSSON, KLASSE 2AK DER BUNDESHANDELSAKADEMIE UND BUNDESHANDELSCHULE KITZBÜHEL

Gegenwärtig kennen wir zwei Formen von Zahlungsmitteln: Bar- und Giralgeld. In einigen Jahren könnten wir mit dem digitalen Euro über eine dritte Zahlungsmethode verfügen. Es ist eine Ein-zu-eins-Wertkopplung geplant, das heißt, ein digitaler Euro entspricht dem Wert von einem Euro in bar.

Die digitale Währung ist ein schon lang geplantes europäisches Projekt, das den Verbraucherinnen und Verbrauchern die Möglichkeit geben soll, bequemer zu bezahlen, und das innerhalb der Eurozone, ohne lange Wartezeiten und Gebühren. In einigen Ländern gibt es bereits einen ähnlichen Ansatz, etwa in Schweden, wo gerade versucht wird, die E-Krona einzuführen.

Laut Michael Ernegger, Generalsekretär-Stellvertreter des Bankenverbandes, laufen momentan Verhandlungen, den digitalen Euro bereits im Jahr 2027 anbieten zu können. Die Europäische Zentralbank arbeite hier intensiv mit der EU-Kommission zusammen, um die notwendigen juristischen und politi-



„Der digitale Euro ist die digitale Ergänzung zum Bargeld“: Michael Ernegger, der Generalsekretär-Stellvertreter des Bankenverbandes, im Video-Interview mit Schülerinnen und Schülern der BHAK Kitzbühel.

[Foto: Laura Lazić, Marie Oppinger]

schon Voraussetzungen zu schaffen. Der digitale Euro ist Geld, das direkt von der Europäischen Zentralbank in Form einer elektronischen Geldbörse ausgegeben wird und das mit einem Einzahlungslimit von 3000 Euro pro Person geplant ist.

„Österreicherinnen und Österreicher bezahlen sehr gern mit Bargeld und können dies auch nach der Einführung der digitalen Währung noch machen“, erklärt Ernegger. „Der digitale Euro ist die digitale Ergänzung zum Bargeld.“ Es wird sich dabei um ein gesetzliches Zahlungsmittel han-

deln. Die Einführung des digitalen Euro ergibt sich aus der zunehmenden Digitalisierung der Gesellschaft und der Wirtschaft. Immer mehr Menschen nutzen digitale Zahlungsmethoden wie Online-Überweisungen und kontaktlose Zahlungen mit Debit- oder Kreditkarten. Ein digitaler Euro würde es den Menschen ermöglichen, ihre Zahlungen noch einfacher und schneller zu tätigen, und könnte auch dazu beitragen, die Transaktionskosten zu senken.

„Insgesamt wird der digitale Euro zweifellos Auswirkungen auf

den Zahlungsverkehr innerhalb der Eurozone haben“, sagt Ernegger. „Und er wird eine Herausforderung für die Banken darstellen.“ Sie müssen sicherstellen, dass sie über die Infrastruktur verfügen, um digitale Zahlungen zu verarbeiten und zu sichern. Das erfordert Investitionen in neue Technologien und Sicherheitsmaßnahmen.

Vorteile für Kunden

Es wird jedoch erwartet, dass die Einführung eine Reihe von Vorteilen bietet wie die Verbesserung der Effizienz und die Senkung der Kosten im Zahlungsverkehr. Die Banken müssen daher bereit sein, sich an die sich verändernden Bedürfnisse ihrer Kunden anzupassen und entsprechend zu investieren, um mit der Einführung des digitalen Euro Schritt zu halten.

Werden durch die Einführung des digitalen Euro Arbeitsplätze verloren gehen? Ernegger erklärt, es werde zu keiner Reduktion des Personals der Banken kommen, da der digitale Euro nur eine zusätzliche Form des Bezahlers darstelle und von den Banken angeboten wird. Die lokalen Anlaufstellen seien nach wie vor von Bedeutung.

Sicherheit und Zuverlässigkeit

des digitalen Euro werden von der Zentralbank gewährleistet. Bei der Einführung des digitalen Euro müssen auch alle technischen Voraussetzungen stimmen. Das heißt unter anderem, dass der Zahlungsverkehr benutzerfreundlich sein muss. Ob diese Form des Bezahlers erfolgreich sein wird, hängt aber dennoch von der Einstellung der Menschen ab, davon, ob sie diese akzeptieren und wie sie sich damit auseinandersetzen. Möglicherweise ist die elektronische Geldbörse vor allem für Jüngere attraktiv.

Der digitale Euro würde nicht viel bringen, wenn er nur in größeren Unternehmen als Zahlungsmethode angeboten wird. Daher muss er auch attraktiv für kleinere Unternehmen sein. Da er nur eine Bezahlförmigkeit und keine Wertanlage sei, sondern mehr wie ein Girokonto funktioniere, soll er auch für kleinere und mittelständische Unternehmen attraktiv sein.

INFORMATION

Die Seite „Jugend – Zeitung – Wirtschaft“ beruht auf einer Medienkooperation der „Presse“ mit dem IZOP-Institut. Finanziert wird sie von sieben Sponsoren.